



Anfrage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VI/2018/03896**
Datum: 07.03.2018
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Scholtyssek, Andreas
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	28.03.2018	öffentlich Kenntnisnahme

Betreff: Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zu möglichem Missbrauch von Sozialleistungen

Laut aktuellen Berichten von Online-Medien sind in Halle deutlich überbelegte Wohnungen vorzufinden. So sollen in einem Fall bis zu 60 Personen in drei Wohnungen hausen.

Ich frage daher:

1. Sind der Stadtverwaltung derartige Fälle bekannt?
2. Beziehen die Bewohner solcher Wohnungen Sozialleistungen? Wenn ja, in welchem Umfang?
3. Haben die in solchen Wohnungen gemeldeten Personen Gewerbe angemeldet? Wenn ja, wie viele und in welcher Branche?
4. Auf die Anfrage VI/2017/03632 hatte die Verwaltung geantwortet, dass die Erfassung von Leistungsmissbrauch nicht nach Nationalitäten getrennt erfolge und Kontrollen relativ selten stattfinden (50 Kontrollen gemeinsam mit dem Zoll von 2010 bis 2017).
Beabsichtigt die Stadt diese Kontrollen zu intensivieren?
5. Der Bauminister des Landes Sachsen-Anhalt hat aktuell ein Gesetz in den Landtag eingebracht, welches Kommunen mehr Möglichkeiten bietet gegen die akute Überbelegung von Wohnungen vorzugehen.
Beabsichtigt die Stadt von diesem Gesetz Gebrauch zu machen?

gez. Andreas Scholtyssek

Stadtrat



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich Bildung und Soziales

21. März 2018

Sitzung des Stadtrates am 28.03.2018
Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zu möglichem
Missbrauch von Sozialleistungen
Vorlagen-Nr.: VI/2018/03896
TOP: 10.5

Antwort der Verwaltung:

Laut aktuellen Berichten von Online-Medien sind in Halle deutlich überbelegte Wohnungen vorzufinden. So sollen in einem Fall bis zu 60 Personen in drei Wohnungen hausen.

1. Sind der Stadtverwaltung derartige Fälle bekannt?

Die Stadt kommentiert keine Medienberichte.

2. Beziehen die Bewohner solcher Wohnungen Sozialleistungen? Wenn ja, in welchem Umfang?

Hierzu kann die Stadt keine Aussagen treffen.

3. Haben die in solchen Wohnungen gemeldeten Personen Gewerbe angemeldet? Wenn ja, wie viele und in welcher Branche?

Siehe oben

4. Auf die Anfrage VI/2017/03632 hatte die Verwaltung geantwortet, dass die Erfassung von Leistungsmissbrauch nicht nach Nationalitäten getrennt erfolge und Kontrollen relativ selten stattfinden (50 Kontrollen gemeinsam mit dem Zoll von 2010 bis 2017). Beabsichtigt die Stadt diese Kontrollen zu intensivieren?

Die Stadt hat mitgeteilt, dass im Zeitraum 2010 bis 2017 (Stand 30.11.2017) 50 gemeinsame Kontrollen mit dem Zoll stattfanden, bei dem auch das Thema Scheinselbstständigkeit berücksichtigt wurde. Zwischen der Erfassung von Leistungsmissbräuchen nach Nationalitäten und der Anzahl der Kontrollen mit dem Zoll besteht kein Zusammenhang.

5. Der Bauminister des Landes Sachsen-Anhalt hat aktuell ein Gesetz in den Landtag eingebracht, welches Kommunen mehr Möglichkeiten bietet gegen die akute Überbelegung von Wohnungen vorzugehen. Beabsichtigt die Stadt von diesem Gesetz Gebrauch zu machen?

Das Gesetz wurde noch nicht verabschiedet.

Katharina Brederlow
Beigeordnete